

Editorial
National

2
3

Kantonal
Ortsparteien

14
18

Vom Leser für den Leser
Kalender

19
20

Ja zur Selbstbestimmung im eigenen Land



Infos über die
SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

Europapolitik
bestimmt die
Wahlen 2019

3



Es geht um die
direkte Demo-
kratie, um nichts
anderes!

6



Kühe würden
Hörner tragen
Pro und Kontra

10





EDITORIAL

Am 25. November werden die Weichen für die Zukunft der Schweiz gestellt. Eine Zukunft, die auch längerfristig unsere Nachkommen betreffen wird.

Wohlstand, Sicherheit, Freiheit, Föderalismus und Neutralität wurden mit unserer traditionellen Selbstbestimmung ermöglicht. Diese Selbstbestimmung hat der Schweiz zum wirtschaftlichen Erfolg verholfen, nämlich vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt. Seit dem Jahre 1291 steht der Bürger in der Schweiz im Mittelpunkt. Die meisten Länder in Europa und auf der Welt mussten Kriege miterleben. Viele Menschen lassen auch heute noch ihr Leben für die Erlangung der demokratischen Rechte. Unsere Bundesverfassung ist seit mehr als zweihundert Jahren ein Garant für Frieden.

Liebe Leserin, lieber Leser

Jetzt möchten eine Elite, der Bundesrat und die Bundesverwaltung ohne Volk entscheiden. Man will die Demokratie abschaffen, nicht weil sie gute Menschen sind, sondern weil sie alleine entscheiden wollen. Das Volk «aushebeln» sagt man im Volksmund.

Bei dieser Abstimmung geht es nicht um links oder rechts, schwarz oder weiss, sondern um die Frage, wer schlussendlich in unserem Land bestimmen soll. Wollen Sie, dass morgen die EU über uns bestimmt, dass automatisch das EU-Recht übernommen wird, dass plötzlich 60-t-Lastwagen durch unser Land fahren, dass der europäische Tierschutz Einzug hält, dass genmanipulierte Lebensmittel auf den Teller kommen und dass der europäische Gerichtshof immer das letzte Wort hat? Mit der Ablehnung dieser Initiative wird die Zentralisierung auf Bundesebene noch stärker und somit die Gemeinden und Kantone entmach-

tet. Das internationale Recht wird über dem CH-Recht stehen, sodass die Gemeinde- und Kantonsautonomie mehr als geschwächt wird. Bei der direkten Demokratie hat jeder gleich viel Recht. Ob Hilfsarbeiter, Äpler, Beamter oder ein «Gstudierter», jeder kann bei einer Abstimmung JA oder NEIN sagen. Der Schwache hat gleich viel politischen Einfluss wie der Starke. Darum sind in unserer Bundesverfassung die Menschenrechte schon längst enthalten, auch ohne Vorschriften der EU. Ebenso beinhalten die Menschenrechte in der Bundesverfassung das zwingende Völkerrecht wie Recht auf Leben, Verbot der Folter usw. Bereits heute sind Initiativen, welche gegen das Völkerrecht verstossen, ungültig. Bei der Fair-Food-Initiative hatte der Bundesrat auf diesen Zustand hingewiesen. Warum wohl widersetzt sich die EU einem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)? Weil der Europäische

Gerichtshof (EuGH) in seinem Gutachten vom Dezember 2014 begründete, dass ein Beitritt der EU in die EMRK die Autonomie des Unionsrechtes verletzen würde. Die EU hält also an ihrer Selbstbestimmung fest, jedoch die Schweiz darf es nicht.

Sagen Sie JA und bestimmen Sie selbst, dass schwerkriminelle Ausländer ausgeschafft werden, dass weiterhin in der Schweiz Bargeld erlaubt ist und dass nicht die Unionsbürgerschaft eingeführt wird, indem auch ohne Arbeitsstelle die EU-Bürger Zugriff auf alle Sozialleistungen haben. Ferner wollen wir selber entscheiden, ob wir künftig eine Milizarmee sowie Kantonalbanken mit Staatsgarantien haben oder nicht.

Die heute über 600 bestehenden Verträge sind nicht zu kündigen, weil sie mit keiner Bestimmung der Bundesverfassung kollidieren. Andernfalls hätten sie schon früher nicht abge-

schlossen werden dürfen. Die Schweiz darf dank der WTO-Mitgliedschaft und des Freihandelsabkommens aus dem Jahre 1972 am Binnenmarkt Europa teilhaben. Bei einem JA zur Selbstbestimmung wird dies nicht gefährdet. Es steht im Interesse der EU, die Schweiz als Kunde zu haben, weil wir heute für rund zwanzig bis dreissig Milliarden Franken mehr importieren als exportieren.

Mit dem neuen Verfassungsartikel soll unsere Selbstbestimmung geschützt werden. Die demokratische Schweizer Verfassung steht über internationalen Verträgen (mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts).

Sagen Sie JA zur Selbstbestimmung und somit NEIN zur Fremdbestimmung!

Ihre Präsidentin, Angela Lüthold

Frei bleiben!

Liste **2**

SVP wählen.
www.svplu.ch



SVP SCHWEIZ NATIONAL



Die EU fordert von der Schweiz eine Zwangsübernahme von EU-Recht und meldet Anspruch für Ausländer auf freie Zuwanderung an!

Nationalrat Thomas Aeschi, SVP-Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Heisses Wahljahr 2019

Die nächsten eidgenössischen Wahlen finden bereits in einem Jahr statt. Schon heute ist absehbar, dass Themen zum Verhältnis Schweiz-EU das Wahljahr 2019 dominieren werden.

Erstens lehnt die SVP, als einzige Partei, ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU vehement ab. Mit einem institutionellen Rahmenabkommen müsste die Schweiz zwingend EU-Recht übernehmen. Die Schweiz wäre nicht mehr frei, ihr Recht im eigenen Land selbst zu bestimmen. Stattdessen würden EU-Bürokraten aus Brüssel ohne Bezug zur Schweiz unser Recht festlegen und unsere Gesetzgebung massgeblich beeinflussen. Schlimmer noch: Uns Schweizerinnen und Schweizern würde das Stimmrecht entzogen. Falls nämlich das Schweizer Volk das Diktat der EU-Behörden in einem demokratischen Volksentscheid ablehnen würde, wäre die EU gemäss den Bestimmungen des Rahmenabkommens berechtigt, Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen.

Neben der eigenen Rechtsetzung soll aber auch die eigene Rechtsprechung aufgegeben werden: Statt dass Schweizer Richter in der Schweiz urteilen, sollen fortan fremde EU-Richter über die Schweizerinnen und Schweizer urteilen. Die Schweiz wäre folglich nicht mehr ein freies und selbstbestimmtes Land, sondern abhängig von Urteilen der EU-Richter, welche kaum ein Interesse haben, Urteile zum Wohle der Schweiz zu fällen.

Zweitens fordert die SVP, dass die Zuwanderung in die Schweiz wieder eigenständig gesteuert wird. Eine eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jede unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Nation eine Selbstverständlichkeit. Nachdem sich Bundesrat und Parlament wei-

gerten, die von Volk und Ständen beschlossene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, gehen die unkontrollierte Einwanderung und ihre schmerzhaften Folgen für die Schweiz ungebremst weiter. Seit Jahren liegt die Nettozuwanderung in die Schweiz zwischen 60 000 und 80 000 Personen pro Jahr. Wenn ich an unsere Landschaft denke, so sehe ich, dass diese immer mehr mit neuen Häusern für die zehntausenden von Zuwanderern, die jährlich in die Schweiz strömen, zubetoniert wird. Obwohl die Wirtschaft gut läuft und viele Firmen Gewinne schreiben, findet heute in der Schweiz jeder Zwanzigste, der gerne arbeiten möchte, keine Arbeit. Die Schweiz hat gemäss der internationalen Arbeitsorganisation heute eine höhere Arbeitslosigkeit als unsere Nachbarländer Deutschland und Österreich. Und auch das Schweizer Sozialsystem kommt an seine Grenzen, wenn zum Beispiel in der Gemeinde Aarburg ein Drittel der Einnahmen an die Sozialhilfe geht – davon an eine einzige irakische Familie 580 000 Franken und an eine einzige türkische Familie mehr als 400 000 Franken. Aus diesem Grund hat die SVP im August die Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)» eingereicht, mit welcher «der Rechtsanspruch auf die freie Einwanderung für Ausländer» ausgeschlossen ist. So wird die Schweiz ihre Einwanderung wieder strikte nach ihren wirtschaft-

lichen Bedürfnissen, im Interesse ihrer Sicherheit und nach den Möglichkeiten des Landes ausrichten. Voraussichtlich wird sich das Volk im Jahr 2020 zu dieser wichtigen Frage äussern können.

Drittens sagt die SVP entschieden Nein zu einer weiteren Milliardenzahlung an die EU, welche der Bundesrat der EU leichtsinnig und ohne Gegenleistung versprochen hat. Fast wöchentlich lesen wir in den Zeitungen, wie Stellen von der Schweiz nach Polen, Ungarn oder in andere osteuropäische Staaten verlagert werden. Die SVP wehrt sich dagegen, diesen wirtschaftlich aufstrebenden Ländern noch mit einer Milliardenzahlung unter die Arme zu greifen, während die finanzielle Belastung für viele Schweizer durch Steuern, Gebühren und Abgaben immer höher wird.

Viertens unterstützt die SVP das Referendum gegen das Entwaffnungs-Diktat der EU. Die Schweizerinnen und Schweizer verfügen seit jeher über das Recht auf Waffenbesitz. Die EU will nun dieses Recht in ein blosses Privileg ummünzen. Künftig soll der Erwerb von handelsüblichen Feuerwaffen nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch ausnahmsweise erlaubt sein. Die SVP lehnt dieses EU-Diktat ab und bittet Sie, noch heute das Referendum gegen die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie unter www.eu-diktat-nein.ch zu unterschreiben.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Es geht um enorm viel bei der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative vom 25. November. Es geht um die wichtigste Frage der Politik überhaupt, nämlich um die Frage: Wer setzt das Recht? In der Schweiz gibt es darauf seit Jahrhunderten nur eine Antwort: Es sind das Volk und die Kantone als oberster Souverän. Doch 2012 und 2015 hat eine einzige Kammer des Bundesgerichts behauptet, unsere Bundesverfassung sei nicht mehr das höchste Rechtsgut. Neuerdings steht das internationale Recht prinzipiell über der Schweizer Verfassung, über dem Souverän und auch über unserem Parlament.

Stimmrecht ans Ausland abgeben?

Wenn die EU oder eine andere internationale Organisation bei uns künftig Recht setzt, heisst das für die Bürgerinnen und Bürger, dass sie die Macht der Entscheidung aus den Händen geben. Wenn wir das internationale Recht über unsere eigene Verfassung stellen, haben nicht mehr die Bürger das Sagen, sondern das Ausland. Das wäre die Abkehr vom bewährten politischen und wirtschaftlichen Erfolgsmodell Schweiz.

Es geht am 25. November nicht um staatsrechtliche Spitzfindigkeiten, nicht um einen akademischen Streit unter Gelehrten, nicht um trockenes Juristenfutter. Es geht um die ganz entscheidenden Fragen: Wollen wir unser Stimmrecht und unsere direkte

Demokratie behalten? Oder soll das Ausland über uns entscheiden? Steht unsere Bundesverfassung weiterhin zuoberst? Oder brechen in Zukunft internationale Verträge sämtliche Regeln, die bei uns gelten?

Ich selber bin kein Jurist, ich bin nicht einmal ein «Gstudierter». Aber dieser Urnengang ist so grundsätzlich, dass ich mich der SVP Schweiz gerne als Verantwortlicher für den Abstimmungskampf zur Verfügung gestellt habe.

Zauberstab zur Entmachtung des Volkes

Die Politiker in Bern haben gemerkt, dass sie mit dem internationalen Recht einen Zauberstab in die Hand bekamen, um den Willen des Volkes ganz einfach zu ignorieren. Volksentscheide wer-

den nicht mehr umgesetzt. Denken wir an die Verwahrungsinitiative, die Ausschaffungsinitiative oder die Masseneinwanderungsinitiative. Die Classe politique ist dabei, dem Souverän die Macht zu entreissen. Es findet gegenwärtig ein Machtwechsel statt – vom Volk und von den Kantonen zur politischen Klasse.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Macht an andere abgeben, können sie nur verlieren. Doch die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative sprechen nicht darüber, dass sie eigentlich die direkte Demokratie beseitigen wollen. Dafür kommen sie mit allerhand Bedenken, Ausflüchten und Ausreden.

Direkte Demokratie: eine Erfolgsgeschichte

Die weltweit einzigartigen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind eine eindrückliche Erfolgsgeschichte. Ihnen verdanken wir unsere Selbstbestimmung, unsere Freiheit und Unabhängigkeit, die bewaffnete Neutralität, eine lange Zeit des Friedens, unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Und ausgerechnet diese ein-

zigartige direkte Demokratie, um die uns so viele Menschen beneiden, wollen wir jetzt abschaffen und auf dem Misthaufen entsorgen! Heute ist die Schweiz das einzige Land auf der ganzen Welt, welches das internationale Recht über das nationale stellt. Dies will die Selbstbestimmungsinitiative ändern. Abgesehen vom zwingenden Völkerrecht soll die Bundesverfassung wieder die oberste Rechtsquelle sein.

Selbstbestimmung schafft Rechtssicherheit

Lassen Sie sich nicht einreden, die Initiative sei gegen das Menschenrecht. Die Menschenrechte sind allesamt in unserer Bundesverfassung garantiert. Sie waren das schon, als fast alle anderen Staaten das Wort «Menschenrecht» noch nicht einmal buchstabieren konnten. Lassen Sie sich nicht einreden, die Selbstbestimmungsinitiative gefährde 600 Staatsverträge – wie es neuerdings auch Bundesrätin Sommaruga behauptet. Wenn dies so wäre, dann hätten Bundesrat und Parlament ja 600 verfassungswidrige Staatsverträge abgeschlossen und müssten allesamt ins Zuchthaus.



Zur direkten Demokratie.

Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch

PC-Konto 31-31457-1

«Es geht am 25. November nicht um staatsrechtliche Spitzfindigkeiten, nicht um einen akademischen Streit unter Gelehrten, nicht um trockenes Juristenfutter. Es geht um die ganz entscheidenden Fragen: Wollen wir unser Stimmrecht und unsere direkte Demokratie behalten?»

Nationalrat Thomas Matter, Zürich

Lassen Sie sich nicht einreden, die Selbstbestimmungsinitiative gefährde die Rechtssicherheit. Unsere Rechtssicherheit wird dann gefährdet, wenn internationales Recht jederzeit Schweizer Recht bricht. Am 25. November müssen wir die Selbstbestimmungsinitiative gewinnen. Stimmen wir überzeugt Ja! Bewahren wir uns unsere direkte Demokratie und unser Stimmrecht!



Aus der Redaktion

Manipulierte Demokratie – die Hoffnung stirbt zuletzt!

Folgende Texte mussten wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jüngst verstehen:

«Die Initiative will, dass das Bargeld und das Buchgeld auf den Bankkonten durch die SNB geschaffen wird. Die Geschäftsbanken dürfen kein Geld mehr schaffen (...) Steuerliche Bevorzugung von Statusgesellschaften. Alles klar? – Oder es geht noch anders!

Bestandteil der Reform ist auch die umfangreiche Veränderung, die zu einer Umverteilung der Anteile von Bund und Kantonen am Steueraufkommen führt.

Gaaht's nooo !!!!!!!

Liest man diese fachverkomplizierten Texte, versteht man nur Bahnhof. Zu Recht die Reaktion von vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, wenn sie sagen: Sollen doch die abstimmen, die es verstehen.

Ganz anders bei diesen Fragen!

- Wollen Sie Kohäsionsmilliarden ohne Gegenleistungen an die Europäische Union bezahlen?
- Wollen Sie jährlich einen Betrag von über 4 Milliarden Franken an Entwicklungsländer ausgeben, ohne zu wissen, für was das Geld eingesetzt wird?
- Wollen Sie jährlich Milliarden von Franken für Migration und Integration an glaubens- und kulturfremde Ausländer bezahlen?

Fragen, auf die man durchaus eine Antwort hätte. Aber nein, da fragt man lieber nicht und entscheidet selbstherrlich über den Kopf des Volkes hinweg. Mit anderen Worten: Die Schweiz hat zwar die direkte Demokratie. Aber nur, wenn es dem Parlament passt!

Und doch weckt es in mir Hoffnung, nach der Begegnung mit dem Alleinkämpfer und Initianten Armin Capaul, dass das Schweizer Politsystem nicht nur ein misslungenes Theaterstück ist.

Capaul, der nicht sich, sondern seine Ziegen und Kühe in den Mittelpunkt stellt. Wenn man diesen urtypischen Demokraten vor sich hat, steht nicht ein knitterfreier Anzug, sondern ein einfacher «Bergler» da, der eine Überzeugung ausstrahlt, welche ich bei manchen Volksvertretern vermisse. Capaul hat an jede Haustüre geklopft und seine Füße wund gelaufen, damit er die notwendigen Unterschriften zusammenkriegte. Dem Establishment der Politik gefällt das gar nicht, dass ein einzelner, willensstarker Bürger der Politik die Stirne bietet. Möchte die Polit-Elite doch die Volksinitiativen erschweren, wenn nicht gar abschaffen. Darum sind ja diese «Demokratiezetrümmerer» auch gegen die Selbstbestimmung. Doch gerade das nenne ich eine gelebte direkte Demokratie. Ein Bürger, der mit seinem Anliegen eine Anzahl von Stimmberechtigten überzeugt und damit einer Mehrheit die Möglichkeit gibt zu entscheiden.

Er dürfe kein Statement über die Selbstbestimmungsinitiative abgeben. Man versuche ihn immer wieder von seiner Linie abzubringen, nämlich einzig und alleine für seine Ziegen und Kühe zu kämpfen. Ich kann's ihm nicht verübeln. Schade trotzdem, gerade seine demokratische Meinung zur Selbstbestimmung hätte mich interessiert. Armin Capaul, eine Persönlichkeit, die man nicht alle Tage trifft!



Roland Staub, Redaktor SVP Kurier



«Ich erwarte von den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie für ihr Recht kämpfen!»

Christoph Blocher

der, und es käme uns nie in den Sinn, uns diesen zu unterwerfen. Sie fragen nach den Unterschieden? Ein Beispiel: In der Schweiz können Sie die Steuern nicht erhöhen ohne Zustimmung des Volkes. In der Eidgenossenschaft sogar nur mit Zustimmung des Volkes und der Kantone. Die EU – als sogenannt zivilisiertes Gebilde – schreibt mind. 15 % Mehrwertsteuer vor. Die Schweiz – ist ebenfalls ein zivilisiertes Land – hat, weil Volk und Kantone nicht höher gehen wollten, nur 7,7 %.

Wer verlangt denn eine Annäherung an die EU-Gesetze? Ist es das Schweizer Parlament oder die Europäische Union?

Erstens die Europäische Union, sie verlangt von der Schweiz einen institutionellen Rahmenvertrag, wo sich die Schweiz verpflichten muss, Gesetze, die alleine die EU erlässt, zu übernehmen. Die Schweiz und insbesondere die Bürger hätten nichts mehr zu sagen. Ein klassischer Kolonialvertrag. Zweitens aber kommt der Druck auch von der Verwaltung, vom Parlament und neuerdings vom Bundesgericht. Jetzt soll das internationale Recht über der Verfassung stehen. Kürzlich konnte ein iranischer Schwerverbrecher nicht nach Deutschland ausgewiesen werden. Das Zürcher Obergericht stellte fest, dass das schweizerische Ausschaffungsgesetz diese Ausweisung verlangt, aber das Bundesgericht verlangte, dass das ausländische Recht vorgehe, darum blieb er hier.

Inwiefern hat der Rahmenvertrag mit der Selbstbestimmungsinitiative zu tun?

Die Selbstbestimmungsinitiative sorgt dafür, dass in der Schweiz wieder die Bundesverfassung gilt und nicht irgendwelches nebulöses internationales Recht. Die Ablehnung des institutionellen Rahmenvertrages sorgt dafür, dass die Schweiz unabhängig bleibt und die EU nicht für die Schweiz die Gesetze erlässt, denn

Dr. Christoph Blocher im Gespräch!

Die Selbstbestimmungsinitiative ist nach 26 Jahren die zweite grosse Schlacht, die Sie in Ihrem politischen Werdegang begehen. Sie sind 78 Jahre alt. Warum nochmals Ihr grosses Engagement?

Es ist für Freiheit, Sicherheit und Wohlergehen der Schweizer sehr bedeutsam, dass die Schweiz ihre Zukunft selbst bestimmen soll. Es hat sich bewährt, dass dies in der Schweiz nicht allein die Politiker tun, sondern die Bürger, und dass man dies auch nicht all den internationalen Experten, Bürokraten, Funktionären, Konferenzen und fremden Richtern überlässt. Davon hängt unsere Freiheit, unsere Sicherheit, die Wohlfahrt und das friedliche Zusammenleben ab. Leider ist diese Selbstbestimmung hoch gefährdet, so dass jetzt mit der Annahme der Selbstbestimmungsinitiative dafür gesorgt wird, dass die Bundesverfassung, welche Volk und Stände genehmigt haben, auch in Zukunft wieder das oberste Gesetz bleibt und nicht willkürlich durch treulose Richter und internationale Gremien ausgehebelt werden kann.

Ahnten Sie nach dem Sieg gegen den EWR-Beitritt, dass es eine weitere Schlacht für den Erhalt von Schweizer Werten brauchen wird?

Leider habe ich es geahnt, denn die Verantwortlichen in Bundesbern haben innerlich den EWR-Entscheid nie akzeptiert. Sie taten alles, um den eindeutigen Entscheid zu umgehen.

Die Gegner nennen die Initiative «Schweizer Recht vor Völkerrecht». Die Initianten aber «Schweizer Recht vor fremden Richtern». Das Völker- und Menschenrecht ist bei der Bevölkerung unbestritten und unantastbar!

Das zwingende Völkerrecht soll über dem Schweizer Recht stehen. Das ist unbestritten und sieht auch die Selbstbestimmungsinitiative vor. Auch die Menschenrechte sind in der Bundesverfassung verankert. Sie sollen gelten. Das allgemeine Völkerrecht – auf Französisch *droit international*, d. h. das internationale Recht darf dagegen nicht den Vorrang vor Schweizer Recht haben. Der Bundesrat hielt 2010 fest, es gebe keinen Staat auf der Welt, wel-

cher das allgemeine Völkerrecht – eben das internationale Recht – vor das eigene Landesrecht stelle, sonst gibt sich der Staat auf. Aber das Problem ist, dass immer mehr fremde Gesetze und fremde Entscheide von irgendwelchen ausländischen Gremien vor unsere eigenen Gesetze gestellt werden und so den Gesetzgeber – in der Schweiz das Volk – aushebeln. Die Gegner sprechen von Völker- und Menschenrecht, weil sie nicht zugeben wollen, dass sie im Grunde die direkte Demokratie aushöhlen, beseitigen und abschaffen wollen. Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist eines der höchsten Menschenrechte! Dieses wird zurzeit immer mehr missachtet.

Die Schweiz wie auch die meisten EU-Staaten gelten als zivilisierte Länder. Man könnte meinen, dass sich die Gesetze unter den Ländern nur geringfügig unterscheiden. Wo liegen denn die grossen Unterschiede?

Die Schweiz sollte sich auch nicht sogenannten zivilisierten Ländern unterwerfen. Ausserhalb der EU gibt es noch viele zivilisierte Län-

durch den Rahmenvertrag soll die Schweiz an die EU angebunden werden, indem die EU das Recht bekommen soll, Gesetze zu erlassen, die die Schweiz akzeptieren muss, auch wenn die Schweizer dagegen sind. Das wäre das Ende des bilateralen Weges.

Im Rahmenvertrag verlangt die EU die Aufweichung von Lohnschutz und das künftige Beherbergen von kriminellen EU-Bürgern in der Schweiz. Bekanntlich entfernen sich Gewerkschaften und Teile der Sozialdemokraten von diesen möglichen Abkommen. Bahnt sich eine unheilige Allianz an?

Die SP und die Gewerkschaften, welche sich bisher für den EU-Beitritt und die Personenfreizügigkeit ausgesprochen haben, merken nun, wie gefährlich es ist, wenn man die Gesetzgebung an die EU abtritt. Das passiert mit dem Rahmenabkommen und mit dem EU-Beitritt. Weil die Personenfreizügigkeit der Schweiz eine gefährliche Nivellierung des Lohnniveaus oder sogar einen massiven Lohneinbruch bewirkt, hat man mit den flankierenden Massnahmen die Notbremse gezogen, um die Löhne zu schützen. Das ist schweizerisches Recht, aber für die EU eine Diskriminierung von Ausländern. Darum verlangt die EU, dass diese flankierenden Massnahmen ausser Kraft gesetzt werden, weil das gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen verstösse. SP und Ge-

Schweizer noch in vielen anderen Bereichen EU-Gesetze akzeptieren müssen, so bei den Steuern, im Transportbereich, bei der Ausländerfrage, im Sozialbereich, bei den Grenzängerregelungen. Das stört diese Kreise anscheinend nicht. Nein, es gibt nur eine befriedigende Lösung: Es dürfen keine Verträge abgeschlossen werden, wo die Schweiz ihre Selbstbestimmung aufgibt. Also Ja zur Selbstbestimmungsinitiative, Nein zum Rahmenvertrag.

Selbst Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sagt, Schweizer Rechte schützen die Schweizer besser als EU-Rechte. Sind Sie über den Sinneswandel Ihrer ehemaligen Regierungskollegin überrascht?

Ich glaube nicht, dass Frau a.BR Micheline Calmy-Rey einen Sinneswandel durchgemacht hat. Ich habe schon im Bundesrat festgestellt, dass sie diese Meinung teilt. Natürlich kam dies – weil sie ja Bundesrätin war – nicht so zum Ausdruck.

Wie entgegnet man dem wohl entscheidenden Anti-SVP-Reflex «Hauptsache gegen die SVP»?

Nicht darauf eingehen, sondern klar darlegen, dass es mit der Zustimmung zur Selbstbestimmungsinitiative um die Rettung

der direkten Demokratie geht und mit der Ablehnung des institutionellen Rahmenabkommens ein Knechtschaftsvertrag mit der EU verhindert werden kann. Auf läppische Angriffe und Ablenkungen geht man nicht ein.

Rund 120 Organisationen aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Politik stehen bereit, um gegen diese Initiative anzutreten. Mit welcher Geheimwaffe trifft David auf Goliath?

Sich nicht davon beeindrucken lassen. Bei der Abstimmung über den EWR war das Verhältnis noch viel krasser. Aber nehmen Sie sich David gegen Goliath, Wilhelm Tell im Kampf gegen Vögte, Winkelried in der Schlacht bei Sempach, Churchill vor der aussen- und innenpolitischen Übermacht zum Vorbild. Hinstehen und die Meinung sagen. Standhaft. Die Gegner haben Angst vor der direkten Demokratie, weil sie weniger zu sagen haben und es ihre Macht begrenzt und sie Angst haben um Einfluss und Pöstchen. Und sie drängen schliesslich in die EU, wo sie sich persönliche Vorteile erhoffen.

Was würde es für die Schweiz bedeuten, wenn die SVP diesen Kampf nicht gewinnen würde?

Der Schweiz ginge es bei Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative schlechter, weil dann Politiker, Bürokraten und ausländische Experten über die Schweiz gebieten, was zum Nachteil der Schweiz und ihrer Bürger wäre. Würde der Rahmenvertrag gutgeheissen, würde in einem wesentlichen Teil unseres Landes die Europäische Union die Gesetze erlassen.

Was erwarten Sie vom Luzerner Stimmbürger für ein Engagement oder anders gefragt, was kann der Luzerner SVP-Regionalpolitiker Ihrer Meinung nach zum Erhalt der direkten Demokratie beitragen?

Direkte Demokratie heisst, dass die Stimmbürger der Gesetzgeber sind, und damit erwarte ich von den Stimmbürgern, dass sie – gleichgültig, wo im Lande – für ihr Recht kämpfen, selbst bestimmen zu können. Das ist die direkte Demokratie: Die Bürger haben das Sagen. Aber wenn sie dieses hohe Gut preisgeben, dann haben andere das Sagen und dann Gott erbarm!

Interview Roland Staub

«Wenn sie dieses hohe Gut preisgeben, dann haben andere das Sagen und dann Gott erbarm!»

Christoph Blocher

werkschaften wollen aus ideologischen Gründen in die EU und sind darum für den Rahmenvertrag. Aber sie merken jetzt, wie gefährlich es ist, wenn man die Gesetzgebung aus den Händen gibt und die Schweiz nichts mehr zu sagen hätte. Darum wehren sie sich. Sie wollen für sich eine Ausnahme, aber es ist ihnen gleichgültig, dass man einen Rahmenvertrag unterschreibt, wo die



«Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität: Wer dazu steht, sagt JA zur Selbstbestimmungsinitiative!»

Yvette Estermann



«Die Unabhängigkeit der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Dazu müssen wir Sorge tragen. Es sorgt für Rechtssicherheit für Bürger/-innen und Unternehmen. Deshalb sage ich aus Überzeugung JA zur Selbstbestimmungsinitiative.»

Franz Grüter



«Schützt die direkte Demokratie und damit das Erfolgsmodell Schweiz.»

Felix Müri



DIE FARBEN PROFIS
ÜBER 25 JAHRE ERFAHRUNG

Nico Fusco

**Grünauring 16
6014 Luzern**

078 641 25 15

**www.diefarbenprofis.ch
malernico@bluewin.ch**

Malerarbeiten - Tapezierarbeiten - Renovationen - Stucco Antico - Gipsarbeiten - Isolationen - usw.



Den Missbrauch im Sozialbereich bekämpfen

National- und Ständerat haben in der Frühlingssession gesetzliche Änderungen beschlossen, damit die Sozialversicherungen (Invaliden-, Unfall-, Kranken- und Alters- und Hinterlassenenversicherung) bei Verdacht auf den missbräuchlichen Bezug von Sozialgeldern Detektive zur Observation einsetzen dürfen. Dies wurde schon in der Vergangenheit gemacht. Weil aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ja, schon wieder dieser...) entschied, dass in der Schweiz eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Sozialdetektiven fehlt, musste das Parlament in Bern diese Gesetzesänderungen vornehmen.

Inhaltlich gibt es also gar keine grossen Änderungen zur bis zum Urteil gültigen Praxis: Nach der neuen gesetzlichen Regelung sollen Bild- und Tonaufnahmen erlaubt sein. Eingesetzt werden dürfen auch technische Hilfsmittel, um den Standort einer Person bestimmen zu können. Dazu gehören GPS-Tracker, Geo-Lokalisierung durch WLAN oder Bluetooth und Drohnen. Während Bild- und Tonaufnahmen von den Versicherungen selber beschlossen werden dürfen, bedarf es für solche technischen Instrumente einer richterlichen Genehmigung. Ein Streitpunkt in den parlamentarischen Verhandlungen war die Frage, wo eine verdächtige Person überhaupt überwacht werden soll. Nach dem Gesetzesentwurf dürfen Detektive Verdächtige an allen frei einsehbaren Orten observieren (beispielsweise auch auf einem Balkon).

Sozialgelder sind dafür da, Personen zu helfen, die in eine Notlage geraten sind.

Nationalrat Dr. Sebastian Frehner, Riehen (BS)

Weil linke Kreise gegen das Gesetz das Referendum ergriffen haben, kommt das Gesetz nun vor das Volk. Aus Sicht der SVP muss der Gesetzesänderung unbedingt zugestimmt werden. Sozialgelder sind dafür da, Personen zu helfen, die in eine Notlage geraten sind und deshalb finanzielle Hilfe benötigen. Dazu stehen wir selbstverständlich. Um die Glaubwürdigkeit unserer Sozialversicherungen zu gewährleisten, ist es aber auch nötig, Personen, die missbräuchlich Sozialgelder beziehen, aufzudecken und die Renten einzustellen.



Die vom Parlament beschlossenen Massnahmen zur Aufdeckung von Sozialmissbrauch sind verhältnismässig. Jene davon, die doch ziemlich stark in die Privatsphäre der verdächtigen Personen eingreifen, bedürfen zudem der Genehmigung durch ein Gericht.

Alles in allem wurde ein Gesetz erarbeitet, das einerseits die Verfolgung von Sozialmissbrauch und andererseits den Schutz der persönlichen Integrität der zu beobachtenden Personen gewährleistet.

Foto Rolf Streit

Pro und Kontra zur Hornkuh-Initiative

Ein Ja zur Hornkuh-Initiative lässt die Kirche im Dorf

Sollen Kühe Hörner tragen oder besser nicht? Mit einer Entschädigung für den Mehraufwand zur Haltung behornter Kühe und Ziegen will Bergbauer Armin Capaul diese hitzig diskutierte Frage fair auflösen. Capaul: «Kühe würden Hörner tragen. Darum gilt es das zu fördern. Entscheiden sollen jedoch weiterhin die Tierhalter.»

die ständerätliche Kommission machte ihm ein jähes Ende.

Ein Anreizsystem, kein Verbot

Also kommt die Hornkuh-Initiative vors Volk. Sie enthält sehr be-

wusst kein Enthornungsverbot, dies ginge zu weit und würde die Bauern spalten. Capaul setzt auf die gezielte Förderung. Die Ausrichtung der Beiträge an die Halter behornter Tiere soll an die Einhaltung des landwirtschaftlichen RAUS-Programmes geknüpft werden. Wer den Tieren im Winter Auslauf gewährt und sie im Sommer auf der Weide oder der Alp hält, soll die Hornbeiträge erhalten. So ist garantiert, dass Horn-

Die Tatsachen entsprechen nicht der Vorstellung. Auf Milchpackungen, Ansichtskarten, der Tourismuswerbung – überall prangen horntragende Kühe. Doch auf der Schweizer Weide stehen heute 90 % der Kühe hornlos da. Muss das so sein, obwohl zum Beispiel 20 % der Kälber nach der Enthornung an Langzeitschmerzen leiden?

Armin Capaul, Bündner «Setzgrind» und inniger Kuhfreund im Jura, der sich während Jahren die Füsse wund dafür lief, wollte nur etwas: eine grössere Respektierung behornter Kühe und Ziegen. Doch alles was, er erntete, war Sympathie. Auch der Solothurner Ständerat Roberto Zanetti und der Luzerner Nationalrat Louis Schelbert scheiterten damit in der Agrarpolitik 2014–17. Nicht mal die spätere Unterstützung durch den überzeugten Toggenburger Hörnerbauer Toni Brunner verhalf der Sache zum Durchbruch.

Er war in der nationalrätlichen Wirtschaftskommission mit einem Gegenvorschlag erfolgreich, doch



Toni Brunner, Nationalrat und Hornkuh-Sympathisant



«Kühe würden Hörner tragen. Darum gilt es das zu fördern. Entscheiden sollen jedoch weiterhin die Tierhalter.»

Armin Capaul mit Kuh Marianne
Foto Esther Michel

tiere in jeder Art Stall tierschutzgerecht gehalten werden. Die Höhe der Beiträge soll analog den RAUS-Bestimmungen auf 190 Franken pro erwachsene Kuh und Jahr festgelegt werden. Bleibt das vermeintliche Killerargument: Horntragende Tiere seien gefährlich. Stimmt, wie noch so vieles in der Landwirtschaft. Die Unfälle durch behornte Tiere

werden allerdings statistisch nicht einmal separat erfasst. Da die Initiative zudem einzig ein Anreizsystem festlegt und kein Verbot der Enthornung ausspricht, ist es weiterhin jedem Tierhalter überlassen, ob er die Enthornung aufgeben will oder nicht. Anders gesagt: Wer auf seinem Hof wie viel Risiken eingeht, bleibt die freie Entscheidung der Tierhalter.



«So ist er, der Capaul: praktisch, pragmatisch, mit einem grossen Herz für seine Kühe. Mit Sicherheit werden diese am Sonntagabend des 25. November im Stall die Ohren spitzen, bei den Radionachrichten. Und wohligh schnaufen, wenn's ein Ja gibt. Dank uns allen, hoffentlich!»

Kaspar Schuler, Kampagnenleiter



«Es ist mir einfach wohler, wenn ich weiss, dass sich die Kühe nicht gegenseitig verletzen können.»

Redaktor Roland Staub im Gespräch mit Landwirt und Kantonsrat Toni Graber

SVP Kurier auf dem Bauernhof – Ja zur Blüemliwiese, Nein zur Hornkuh?

Vielen Dank, Toni, dass wir dich auf deinem Bauernhof in Schötz besuchen dürfen. Wie würdest du das Verhältnis zwischen dir und deinen Kühen bezeichnen?

(lacht) Wir haben ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Ich denke also, wir kommen sehr gut aus miteinander. Im Ernst, ich kenne noch jede Kuh mit Namen. Jede Kuh hat auch ihren eigenen Charakter.

Alle Kühe ohne Hörner, wieso?

In erster Linie geht es mir um die Verletzungsgefahr. Es ist mir einfach wohler, wenn ich weiss, dass sich die Kühe nicht gegenseitig verletzen können.

Die Verletzungen von Hornkühen seien gemäss Befürworter je-

doch so gering, dass sie statistisch nicht mal aufgeführt werden!

Vielleicht sind es nicht viele. Aber die Verletzungen können gravierend sein. Da braucht es nicht mal Kämpfe dazu.

Warum bist du gegen diese Initiative. Es ist ja kein MUSS-Gesetz. Jeder Bauer kann seine Kühe weiterhin so halten, wie er möchte!

Einmal mehr sind es staatliche Regulierungen. Man versucht die Bauern mit Zahlungen zu einer Veränderung zu zwingen, welche schlussendlich der Landwirtschaft und den Bauern direkt gar nichts bringt. Wie die Blüemliwiesen; zwar für viele Wanderer schön anzuschauen, kostet aber am Schluss nur Geld. Diese Bei-

träge müssen auch wieder finanziert sein. Das Geld könnte man sicher für anderes gebrauchen. Und zum Zweiten ist, wie schon gesagt, die Verletzungsgefahr gross.

Was sagst du einem kleinen Mädchen, wenn es feststellt, dass in ihrem Malbuch zuhause die Kühe Hörner haben und es dich dann fragt, ob die Kühe diese im Stall vergessen haben?

Ja, sehr gute Frage. Was sagt man so einem Mädchen, wenn man bei der Wahrheit bleiben will. Wenn ich ihm aber erkläre, dass die Hörner wegmüssen, ansonsten sich die Kühe gegenseitig «weh tun», wird es es bestimmt verstehen.

Hörner ausbrennen kann man nicht mit Haare- oder Fingernägelschneiden vergleichen. Die Hörner haben Nerven und werden durchblutet. Eigentlich schneidet man dir, Toni, das Ohr ab!

Ich gebe es zu, vor der Initiative habe ich mich vielleicht zu wenig um die Wichtigkeit der Hörner bemüht. Die praktizierenden Tierärzte haben auch nicht wirklich darauf hingewiesen, dass Langzeitschmerzen auftreten können. Doch früher hat man die Hörner abgesägt. Ich glaub nicht, dass das die bessere Variante war.

Mit den Hörnern zeigt eine Kuh Kraft, Potenz und Präsenz. Hörner sind also auch aus sozialer und biologischer Hinsicht wichtig!

So richtig schlimm ist es nur, wenn der Bauer die Kühe mischt. Also wenn eine Kuh mit Horn im Stall von hornlosen Kühen ist. Die Kuh mit Horn merkt da sofort, dass sie einen Vorteil hat, und nützt ihre Hörner als Waffe. Aber wir sind ja in einem Zeitalter, wo man allen die Waffe wegnehmen möchte ... (lacht)

Das Landwirtschaftsbudget beträgt jährlich 3661 Millionen Franken. Wenn nun alle Kühe in der Schweiz Hörner tragen, würde man aus dem grossen Bauertopf 15 Millionen, also 0,4% für Hornkühe bezahlen.

Bestimmt ist das ein kleiner Anteil. Man kann sich aber auch die Frage stellen, wieso diese Bauern denn unbedingt einen Beitrag benötigen. Die Kühe selber haben bestimmt nichts von diesen Zahlungen.

Die Wanderer sehen aber neben einer vom Staat finanzierten Blüemliwiese, subventionierten Bäumen und staatlich gesponserten Holzlattenzäunen eben auch eine richtige Kuh mit Hörnern!

Eben genau, das sind alles staatliche Lenkungsabgaben, welche mich nerven. Man kann sich auch fragen, wieso es stinkende Traktoren auf der Wiese braucht. Früher schaffte man das auch mit Pfer-



den. Die Menschen wünschen sich eine romantische Landwirtschaft und vergessen, dass sich hinter dieser Romantik eine knallharte Wirtschaft versteckt.

Einmal mehr der Schweizerische Bauernverband erteilt eine Stimmfreigabe. Für was gibt es diesen Verband eigentlich noch?

Ja, bereits schon bei den letzten beiden Agrarabstimmungen

gab es aus diesem Ecken eine Stimmfreigabe. Glücklicherweise bin ich dabei nicht. Selbstverständlich müsste sich der Bauernverband für ein Ja oder ein Nein festlegen. Sie wollen es einfach allen recht machen.

Hat diese Meinungsverweigerung des Bauernverbandes mit den kommenden Nationalratswahlen zu tun?

Glaube ich nicht. Der Bauernverband ist zwar im Vorstand immer mehr politisch motiviert. Entscheiden tun aber die Mitglieder, also die Landwirte aus dem ganzen Land. Die meisten Bauern denken, was für sie richtig oder falsch ist, und sind nicht politisch gesteuert.

Bodenbeläge GmbH

Glanzmann

- Parkett
- Laminat
- Bambus
- Teppich
- Keramikplatten
- und vieles mehr..

Fussböden für Lebens(t)räume.

Grundstrasse 22a, 6343 Rotkreuz - Tel. 041 790 73 40 / office@glanzmann-bodenbelaege.ch

KANTONAL

Stimmen aus der Regierung

**Erfolg durch selbstständiges Handeln**

Die Fragen müssen gestellt sein: Weshalb wird die Schweiz weltweit von vielen Menschen als Erfolgsmodell angesehen? Als Erfolgsmodell im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich? Als jenes Land auf dem Globus, das durch Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit hervorsticht? Die Antwort dazu liegt auf der Hand. Es ist in erster Linie die direkte Demokratie, welche für Frieden, Freiheit, Ordnung und Prosperität sorgt. Jenes System also, bei dem das Volk über die Prägung und die Weiterentwicklung aller gesellschaftlichen Fragen entscheidet. Das Volk bestimmt über sich selbst, und nicht irgendeine beliebig nach Parteibüchern und Gefälligkeiten zusammengewürfelte politische Klasse. Das Volk bestimmt über Gesetze und Verfassung, es bestimmt auch namentlich über jene Personen, welche auf kantonaler und kommunaler Ebene die Regierungen bilden. Selbst

auf Bundesebene bestimmt indirekt das Volk, wie die Regierung zusammengesetzt sein muss. Das Volk will auch hier Mitsprache, und die Parteien haben sich danach zu richten.

Direkte Demokratie zunehmend gefährdet

Doch dieses Erfolgsmodell, besonders die direkte Demokratie, schwebt in Gefahr. Im näheren Ausland sieht man es in den Chefetagen der Politik – mitunter auch in der Wirtschaft – nicht sehr gerne, wenn das vermeintlich inkompetente und einfache Volk über sich selber bestimmen kann. Vor allem aus der EU-Küche wird zunehmend der Versuch unternommen, die direkte Demokratie auszuhebeln. Beispiele gefällig?: Eine Datenschutzverordnung der EU ist neuerdings sogar für die Kantone und Gemeinden verbindlich. Das Schengen-Abkommen diktiert das Waffenrecht und gefährdet unsere Miliztradition. Die ausufernde Menschenrechts-Gerichtsbarkeit



Paul Winiker, Regierungsrat

entscheidet, ob kriminelle Ausländer noch ausgewiesen werden dürfen. Die Schweizer Massnahmen zum Schutz von Lohndumping müssen offenbar auch geopfert werden. Sogar die Linke merkt allmählich: «Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische», wie es sogar Altbundesrätin Calmy-Rey am 12. August 2018 in einem Zeitungsinterview bemerkte.

Besonders stossend sind aber die europäischen Gerichte, welche unsere Bundesverfassung zunehmend übersteuern, in-

dem man der Schweiz angeblich die Verletzung von Völkerrecht vorwirft, wenn kriminelle Ausländer ausgeschafft werden. Menschenrechte werden immer umfassender definiert, um in immer mehr Lebensbereichen über höchste Gerichtsentscheide Einfluss zu nehmen. Ohne jede politische Legitimation, stets unter dem Mäntelchen zur Wahrung der Menschenrechte... Unsere Schweizer Bundesverfassung, die älteste in Europa, garantiert uns schon seit 1848 die demokratischen Freiheitsrechte und sämtliche Menschenrechte. Aus

einer Zeit also, als alle europäischen Staaten noch unter monarchischen Diktaturen lebten und einige von ihnen gegenseitig Kriege führten.

Unsere Verfassung ist wegweisend

Die Schweizer Verfassung hat die bewährten Grundlagen für unser Zusammenleben und unseren

Staat festgeschrieben. Das Verhältnis zum Völkerrecht ist zurückhaltend definiert, es sei zu beachten. Das Bundesgericht hat sich aber leider darüber hinweggesetzt und ein Primat des Völkerrechts stipuliert, gar unter Missachtung unserer Verfassung. Das muss korrigiert werden!

Die jüngsten Wahlergebnisse im benachbarten Ausland zeigen,

dass das Schweizer Volk mit seinem Drang nach Selbstbehauptung und Selbstbestimmung noch immer auf dem richtigen Weg ist. Der Absturz vieler etablierter Parteien, welche die direkte Demokratie bislang als Teufelszeug erachteten, zeigt, dass auch die Menschen fern unserer Grenzen mehr Mitbestimmung wollen. Sie wollen nicht mehr län-

ger als unmündige Steuerzahler schweigen, sie wollen mitreden, mitentscheiden. Die Schweiz kennt dieses System nun mehr als 160 Jahre. Ein System also, das von Erfolg gekrönt ist. Es ist daher unsere Aufgabe, dieses System gegen Angriffe von aussen zu bewahren. Für uns und für unsere Nachkommen.

Schweizer Recht statt fremde Richter



Hagmann Schreinerei + Sicherheitstechnik AG

Meierhöflistrasse 12
6020 Emmenbrücke



Ihr Schreinerfachmann

Hagmann 

- WERU Fenster und Türen
- Sicherheitstüren
- Schreinerarbeiten
- Unterhalt & Reparaturen

Telefon 041 260 91 81
info@sicherheitstuer.ch
www.sicherheitstuer.ch

Deutsche Automarke auf Sempach-Suche

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Dieses Motto hätte zum diesjährigen SVP-Parteitag des Kantons Luzerns gepasst. Am 7. September 2018 lud das Organisationskomitee zum Sempachertag ein. Und sie kamen in Scharen in die Wirtschaft zur Schlacht, die Mitglieder und Freunde der SVP.



Vor rund 10 Jahren fand an diesem ehrwürdigen Ort die letzte offizielle Gedenkfeier der Gemeinde Sempach statt. Links- wie auch Rechtsextreme zerstörten mit ihrer Gewaltbereitschaft einen langjährigen Brauch der Eidgenossenschaft. Aus einem würdigen Anlass wurde ein fader Umzug in alten Klamotten. Die Behörden knickten vor einer Organisation ein, welche die Werte der Schweiz nicht schätzen und zerstören wollen! «Merken Sie was, geschätzte Besucherinnen und Besucher?» Mit diesen Worten begrüßte OK-Präsident Rolf Bossart seine Gäste und übergab für eine Grussbotschaft an Kantonalpräsidentin Angela Lüthold.

«Die Schlacht bei Sempach fand im Jahre 1386 statt. Sie war die entscheidende Schlacht zwischen der Eidgenossenschaft und dem Herzogtum Österreich!» Die

blutigen Kriege gehören zum Glück der Vergangenheit an. Und doch stehen wir vor einem weiteren gefährlichen Konflikt. Nicht gegen die Österreicher, sondern gegen eine machtsüchtige Union, welche durch unsere Bundesregierung unterstützt wird. Der Gegner steht also nicht nur vor uns, wie vor mehr als 600 Jahren, sondern die eigentliche Gefahr steht uns feige im Nacken.

Regierungsrat Paul Winiker entschuldigte Anfang seiner Grussbotschaft die Verspätung von Gastredner Roger Köppel. Er habe sich verfahren und findet die Schlacht bei Sempach nicht. Selbst Herzog Leopold III. von Habsburg habe anno 1386 Sempach gefunden, erlaubte sich Winiker eine Anmerkung anlehnend an die historische Schlacht. Doch Leopold fand zwar den Weg nach Sempach, überstanden habe er

OHT
Otto Husmann
Transporte

Zisternen- und Holztransporte
 Mätteliguëtstrasse 58
 CH-6105 Schachen/LU



Telefon 041 497 43 22 • Fax 041 497 43 28 • Mobile 079 642 98 80
 E-Mail otto.husmann@bluewin.ch • www.transporte-und-immobilien.ch

Sempachertag

Gastreferent Nationalrat Roger Köppel



die Schlacht jedoch nicht. Im Jahre 2020 werde es hier in Sempach wieder eine würdige Feier zum Andenken an die damaligen Kämpfer geben, verspricht Regierungsrat Winiker. Diesen Leuten anno 1386 sei es zu verdanken, dass die Schweiz heute ein selbstbestimmtes Land sei.

«Nicht ich habe mich verfahren, sondern mein deutsches Auto», kündigte Gastreferent Nationalrat Roger Köppel sein Referat an. Gibt man «Sempach» in ein deutsches Navigationssystem ein, so landet man im nächsten See. Er sei froh, habe ihn Nationalratskollege Franz Grüter vor dem «Abtaufen» gerettet!

Er bringe unschöne Bilder aus Chemnitz mit. Grund von diesen Bildern war ein Mord von einem abgewiesenen Asylbewerber, welcher längst das Land hätte verlassen müssen. Daraus folgten bekanntlich Demonstrationen von erbosten Bürgerinnen und Bürgern. Köppel habe vor Ort mit verschiedenen Chemnitzern aus verschiedenen Schichten gesprochen. Eines hatten sie gemein-

sam; Sie seien von der deutschen Regierung enttäuscht. Diese fehlerhafte Politik bringe Deutschland wieder auf die Strasse. Auf die Frage von Köppel, was sich die Bürger von Chemnitz und Deutschland wünschen: «Eine Demokratie, wie es die Schweiz hat. Eine Meinungsfreiheit für den Bürger, welche sich die Regierung auch anhört!»

Und genau das wolle uns die EU wegnehmen, fand Roger Köppel den Bogen wieder zur Schweizer Politik und zur Selbstbestimmungsinitiative. Die Schweiz bestehe aus Freiheit, Föderalismus und Neutralität. Die EU wäre ja eine ganz gute Idee gewesen. Müsse man doch nach zwei Weltkriegen auch reagieren können. Doch wie so oft machen Politiker aus einer guten Idee einen «Chabis»! Die Schweizerfahne sei für den Europapolitiker ein Psychostress. Die Schweiz sei ein Üding für Europa, meinte EU-Präsident Juncker in einem Zustand des «in vino veritas»! Es sei etwas, das weg muss! So rede nur einer, dem die Argumente für seine

eigene Politik ausgehen und der sich vor den eigenen Wählern erklären müsse, ist Köppel überzeugt. Doch die Gefahr der Fremdbestimmung in unserem Land komme nicht alleine von der EU. Die eigentlichen «Demokratiezertrümmerer» finde man im eigenen Land, genauer gesagt im Ratssaal des Bundeshauses.

Lassen Sie sich, liebe Bürgerinnen und Bürger, das Heft nicht aus der Hand nehmen und kämpfen Sie mit für eine Selbstbestim-

mung. Sie sind gefordert, wenn Sie nicht von fremden Ländern entmachtet werden wollen. Wir werden gegen alle Parteien und Wirtschaftsorganisationen in die Schlacht gehen müssen. Wir haben aber die Überzeugung und die Leidenschaft, die es braucht, um auch diese Schlacht zu gewinnen. Nach der Schlacht ist vor der Schlacht!

Roland Staub



ORTSPARTEIEN

Die SVP-Ortspartei Ballwil feierte ihren 25. Geburtstag im «Haus der Freiheit»

Bei fantastischem Wetter und panoramahafter Kulissenfahrt via Ratenpass ging es auf kurzen Zwischenhalt ins dortige Panorama-restaurant, wo die zwei Jubilarinnen des Ortsparteivorstandes, Brigitte Bühlmann und Nadia Furrer-Britschgi, die Fahrgäste zu Kafi und Gipfeli einluden.

Nach der Weiterfahrt zum Landgasthaus Sonne oder weit bekannter als «Haus der Freiheit» begrüsst Nationalrat Toni Brunner die 48 Reisenden und stand

Red und Antwort. Höhepunkt des Anlasses waren die Ausführungen seitens Gastgeber zu brennenden Politthemen sowie die intuitiven Wortmeldungen aus dem Teilnehmerkreis zum 25-jährigen Bestehen, zu dem Gründungsantrieb und Blicke in die Zukunft. Der Jubiläumsanlass wurde vom Jodler-Duett Maria Fischer und Heidi Dubach musikalisch umrahmt.

Nadia Furrer-Britschgi



20 Jahre Emmen



vl. Regierungsrat Paul Winiker, Kantonsrat Urs Dickerhof, Parteipräsident Albert Rösti, Fraktionschef Thomas Aeschi

Am 29.9.2018 feierte die Ortspartei der SVP-Emmen ihr 20-jähriges Jubiläum.

Urs Dickerhof (alt Gemeinderat Emmen) moderierte flink und spannend durch den Rückblick auf die Anfangsjahre.

Mit von der Partie im Talk waren Albert Rösti, Thomas Aeschi und Paul Winiker.

Ihnen gelang es immer wieder, die angesprochenen Themen einer Agglogemeinde mit Perspektive auf Bund und Kanton darzustellen. Im Anschluss an die offizielle Feier in der Kunsthochschule für Design & Kunst startete das Volksfest im Klärbecken an der Emme.

Erwartet wurden die Delegationen aus der Feier mit Alpthornklängen, traditionellen Verpflegungsständen und einheimischem Bier von MN Brew. Später wurde mit DJ weitergefeiert bis der Stecker gezogen wurde. Alles in allem ein gelungener und würdiger Anlass zum Jubiläum 20 Jahre SVP Emmen.

Reto Bieri

VOM LESER FÜR DEN LESER

Kanton Luzern will zweckgebundene Strassengelder in die Staatskasse abzwiegen

Die Luzerner Regierung plant, während 4 Jahren 6 Mio. Franken jährlich von der kantonalen Strassenkasse in die Staatskasse abzuwenden. Dieses umstrittene Vorgehen brachte eine Mehrheit der bürgerlichen Vertreter der Bau- und Verkehrskommission VBK derart auf die Palme, dass sie dem Antrag von Daniel Keller (SVP/Vorstandsmitglied TCS Waldstätte) deutlich zustimmten. Das Thema ist aber noch nicht vom Tisch: Es ist davon auszugehen, dass in der November-Session des Luzerner Kantonsrats trotzdem noch über die Zweckentfremdung der Strassengelder gestritten wird.

Die Regierung hat aber bereits weitere für die Strasse zweckgebundene Gelder im Visier: Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe LSVA-Steuern sowie aus den Verkehrssteuern.

Mit heftigstem Widerstand ist zu rechnen. Denn fehlen diese zweckgebundenen Mittel im kantonalen Strassen – Bauprogramm, kann das Strassennetz nicht planmässig ausgebaut und unterhalten werden.

Daniel Keller, Adligenwil

Verakademisierung der Politik

Diese Entwicklung macht sich auf allen politischen Ebenen wie der Gemeinde, dem Kanton und auch in Bern breit. Analysiert man den Wahlkampf um Sitze und das Präsidium in der Einbürgerungskom-

mission (EBK) Meggen, so wird es augenfällig, mit welcher Kelle bezüglich Eignung für ein Kommissionsamt angerichtet wird. Leserbriefe zur Unterstützung der Kandidatinnen und Kandidaten machten deutlich, dass man den Wählerinnen und Wählern weismachen wollte, dass ein Studium für den Einsitz in die Megger EBK unerlässlich, nationale wie internationale Berufsbeziehungen notwendig und Engagements in übergeordneten Organisationen sowie Aus-, Nach- und Weiterbildungen vorausgesetzt werden. Ein gesunder Menschenverstand und Swiss Skills, um beim nationalen Thema zu bleiben, reichen anscheinend nicht mehr aus, die Interessen von Sache, Land und Bürger zu vertreten. Die praxisnahe duale Berufsbildung kombiniert mit Lebenserfahrung und Persönlichkeitsentwicklung wird bei der Frage um Eignung für ein öffentliches Amt oft despektierlich ausgeblendet. Wie konnte es so weit kommen und wohin führt

diese Entwicklung? Komplexe Gesetze und Verordnungen im Kanton und Bund werden weitgehend von Personen mit universitärem Bildungsstand geschrieben. Daher die Meinung von Intellektuellen, dass sich nur Personen mit gleichem Bildungsrucksack zur Umsetzung «ihrer Gesetze und Verordnungen» berufen fühlen dürfen.

Eine zementierte unité de doctrine ist der Demokratie nicht zuträglich. Es ist dem Politsystem Schweiz nur förderlich, wenn bei der Auslegung und Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben möglichst Volksvertreterinnen und Volksvertreter aller Sozialschichten mitdenken und mitreden. Dies tut not und gebietet der Verakademisierung der Politik Einhalt.

Max Buholzer, Meggen

SCHACHTREINIGUNG? VERSTOPFTE ABLÄUFE? UNTERHALTSSPÜLUNG?

IHR PROFESSIONELLER PARTNER IM LIEGENSCHAFTSUNTERHALT



041 448 00 22 | burch-kanalservice.ch

KALENDER

November 2018

- 12.11.2018 Nominationsversammlung WK Hochdorf
- 14.11.2018 Nominationsversammlung WK Willisau
- 25.11.2018 Eidg. und kant. Abstimmungen
- 29.11.2018 Wahlversprechen – Kandidaten KR

Januar 2019

- 26.01.2019 Eidg. Delegiertenversammlung
- 31.01.2019 Kadertag

Februar 2019

- 07.02.2019 Kant. Delegiertenversammlung
- 21.02.2019 Eidg. und kant. Abstimmungen
- 23.02.2019 Jass-Cup Kanton Luzern

März 2019

- 06.03.2019 Aschermittwoch-Anlass

Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich

Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6030 Ebikon / www.ernimedien.ch

Druck: ZT Medien AG, 4800 Zofingen

Auflage: 3300 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Roland Staub, 6123 Geiss, kurier@svplu.ch

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat (sekretariat@svp-lu.ch, Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!

Am 29. November 2018 findet, mit dem Wahlversprechen der Kantonsratskandidaten, der offizielle Wahlauftakt für die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen statt.

Reservieren Sie diesen Termin schon heute in Ihrer Agenda.

Weitere Informationen erhalten Sie rechtzeitig auf www.svp-lu.ch oder bei Ihrer SVP-Ortspartei.

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- ☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiuunterlagen zu.
- ☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
- ☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname

Name

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

Geb.-Datum

Unterschrift

Ausschneiden und senden an: SVP Kanton Luzern, Postfach, 6000 Luzern
oder Internet: www.svplu.ch. Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

